

16. April 2009

166 Millionen Euro für NÖ Beschäftigungsinitiativen

Mikl-Leitner: Niederösterreich setzt rechtzeitig konkrete Maßnahmen

Im März dieses Jahres waren um 7.630 weniger NiederösterreicherInnen als im Februar 2009 arbeitslos. Gemessen am Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit aber weiter angestiegen. „Wir haben die Situation am Arbeitsmarkt ständig unter Beobachtung. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit ist zuletzt auf Grund der wirtschaftlich angespannten Situation angestiegen. Daher hat das Land rechtzeitig konkrete Maßnahmen gesetzt“, erklärte Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner heute, 16. April, bei einer Pressekonferenz in St. Pölten.

Zum einen habe das Land den NÖ Beschäftigungspakt, der wichtige Beschäftigungsinitiativen und Beratungsdienstleistungen umfasse, auf insgesamt 166 Millionen Euro aufgestockt, meinte Mikl-Leitner. Das 70 Millionen Euro Maßnahmenpaket zur langfristigen Integration auf dem Arbeitsmarkt unterstütze u. a. die Projekte des Vereins „Jugend & Arbeit“ wie beispielsweise „Start up“ zur Qualifizierung jugendlicher Arbeitsloser, „Job 2000“ zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen oder den gemeinnützigen Verein „Initiative 50“, der das Ziel verfolge, ältere Personen durch Qualifizierungsmaßnahmen und Schulungen in Beschäftigung zu halten; im Zuge von „Start up“ etwa seien die Plätze für langzeitarbeitslose Jugendliche von 600 auf 900 aufgestockt worden.

Weiters würden im Rahmen des NÖ Beschäftigungspaktes insgesamt 19 Arbeitsstiftungen sowie gemeinnützige Initiativen für Aus- und Weiterbildung mit 66 Millionen Euro unterstützt. „Ausbildung bedeutet Existenzsicherung und ist auch die beste Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“, so Mikl-Leitner. Niederösterreich wolle den Menschen gerade jetzt mit zielgruppenorientierten Beschäftigungsinitiativen helfen, einen Arbeitsplatz zu finden. Fachliche Qualifikation sei die beste Möglichkeit, die Wiedereingliederung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen zu erreichen.

Überdies habe die NÖ Landesregierung mittlerweile vier Konjunkturpakete im Ausmaß von 800 Millionen Euro beschlossen. „Ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Erhöhung der Liquidität für Klein- und Mittelbetriebe brachte das erste, im November beschlossene Konjunkturpaket um 350 Millionen Euro“, hielt die Landesrätin fest. Im Jänner habe die Landesregierung dann ein ArbeitnehmerInnenpaket und ein Umwelt-Konjunkturpaket um 100 Millionen Euro, im März ein Infrastruktur-Konjunkturpaket um 334 Millionen Euro beschlossen.

NK Presseinformation

Nähere Informationen: Büro LR Mikl-Leitner, Telefon 02742/9005-12600.